

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 3 M., durch unsere Ausleger zu tragen in der Stadt monatlich 3.50 M., auf dem Lande 5.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postämter sowie unsere Ausleger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises.



Insertionspreis 1.50 M. für die 6 gespaltene Zeilenzeile über dem Raum, Resten, die 2 spaltige Zeilenzeile 3.00 M. Bei Überbelag und Jahresauftrag entsprechende Preisnachlässe. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 spaltige Zeilenzeile 4.50 M. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Angelegenheiten die vorzeitig 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät.

Er erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käpffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 252.

Donnerstag den 27. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Bei den Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung ist der Versuch, die sogenannte große Koalition zu bilden, gescheitert.
- * Amtlich wird in München erklärt, die verbreiteten Gerüchte über einen geplanten Putsch in Bayern seien unwahr.
- * Die amerikanischen Truppen im Rheinland werden um 126 Offiziere und 7873 Mann verringert, es bleiben 327 Offiziere und 5217 Mann.
- * Der englische Schatzsekretär erklärte, die Genfer Beschlüsse seien ohne Einfluß auf die deutschen Reparationsverpflichtungen.

Habsburgs Ende.

Auf Flügeln — nicht des Gefanges, aber eines Demotors, hatte sich Karl von Habsburg mit seiner Gemahlin und zwei oder drei seiner Getreuen zum zweitenmal in das Land der heiligen Stephanskronen hineingekostet, in der Hoffnung, diesmal vom Geschick und vielleicht auch von allerhand weltlichen Mächten stärker begünstigt zu werden als bei dem ersten Versuch, den es um Ostern dieses Jahres unternahm, um seinen lieben Ungarn ihren angefallenen König wiederzubringen. Knapp 24 Stunden hat dieser holde Traum gedauert. Jetzt kann der immer noch allzu jugendliche Habsburger in ehrentoller Gefangenschaft über die Trennlosigkeit blind zusammengerafft, aufs Geratewohl vereidigter Truppen, über die Ungeheuerlichkeit von Diplomaten, die er seines Vertrauens gewürdigt hat, über die Unzuverlässigkeit von Versprechungen, die ihm unabweisbar von einflussreichen Staatsmännern gemacht worden waren, trübselig nachdenken: er hat zum drittenmal um Krone undzepter gespielt und wird wohl alle Hoffnungen auf eine bessere Zukunft jetzt endgültig begraben müssen. Ein Schicksal, wohlverdient wie selten eines.

Wenn nicht alles täuscht, ist hier wieder einmal Verrat mit Verrat belohnt worden. Nur mit Widerwillen kann man daran zurückdenken, daß dieser Habsburger einmal uns gegenüber die Rolle des treuen Waffengefährten gespielt hat; nur mit Erbitterung sich der Anbiederungen erinnern, mit denen er, als das deutsche Waffenglück sich zu wenden schien, die Gunst unserer damals gemeinsamen Feinde zu gewinnen suchte. Es hat ihm alles nichts geholfen, sein Reich sank in Trümmer. Aber Karl von Habsburg blieb nach Sturz und Verbannung der eitle, ehrgeizige, haltlose Phantast, der er vorher gewesen. Vielleicht stürzte er gar nicht, wie sehr er in der Einsamkeit seines schweizerischen Zwangsaufenthaltes als Werkzeug fremdländischer Intrigen unworden wurde; wie man ihn durch listige Einflüsterungen für dunkle uneingestandene Machtpläne zu gewinnen suchte, während man sich den Anschein gab, als sollte ihm aus purer Rücksicht wieder zu seinem schmerzlich entbehrten Thronrecht verholfen werden. Die französische Politik insbesondere scheint es vorzüglich verstanden zu haben, diesen treulosen Streber ihren Machtinteressen dienlich zu machen. Schon das frühere Experiment von Steinamanger war unzweifelhaft mit französischer Unterstützung gewagt worden. Der jetzt unter doppeltem Wortbruch gegen die Schweiz unternommene Flug nach Odenburg mag für die ganze Welt sonst eine Überraschung gewesen sein; in Paris ist man natürlich auf ihn einigermaßen wachsam vorbereitet gewesen. Auch Italien steht in dem Verdacht, an dem Unternehmen des Königs nicht ganz unbeteiligt zu sein. Man will sogar von geheimen Abmachungen erfahren haben, die der gegenwärtige Leiter der auswärtigen Politik des Königreiches mit der Budapestiner Regierung für den Fall getroffen habe, daß der sonderbare Friedenszustand auf dem Balkan wieder einmal zu irgendwelchen Explosionen führen sollte. Und von dem Widerstand, den diese Budapestiner Regierung, mit dem Reichsverweser Horthy an der Spitze, dem plötzlich auf dem Plan erschienenen Kaiser entgegensetzte, will mährischer Argwohn nicht viel halten: er sei nur sozusagen anstandslos markiert worden, um der Kleinen wie der Großen Entente gegenüber äußerlich gerechtfertigt dazustehen. Hätten jedoch die Truppen des Königs besser standgehalten und wäre es ihnen gelungen, in die Hauptstadt des Landes einzudringen, so hätte man eben schließlich vor der Überlegenheit seiner Macht kapitulieren und sich mit dem zunächst unabänderlichen Tatsachen abfinden müssen. Aber so ist es, wie man weiß, nicht gekommen. Die furchtbare „Schlacht“ vor Budapest hat den Löwenmut der Karlisten auf eine zu schwere Probe gestellt, und so wurde der Welt das burleske Schauspiel geboten, daß königliche Truppen von gleichfalls königlichen Truppen in die Flucht geschlagen wurden, und der Reichsverweser mußte dem Monarchen, für den er die Regierung führt, um Auf und Absehen bringen, mußte seine Festnahme herbeiführen und jetzt seine Abdankung verlangen. Auf das Haupt eines Habsburgers wird danach die heilige Stephanskronen schwerlich noch einmal gesetzt werden, wenn sie überhaupt die Krone dieser Oktobertage überleben mag.

Das persönliche Schicksal dieses unwürdigen Erben eines großen Namens ist besiegelt; das Schicksal des Landes, in dem er wieder zur Herrschaft kommen wollte, steht noch aus. Der Horn der Geaner Ungarns, der inneren

wie der äußeren, lehrt sich nunmehr gegen die ganze Herrschaftsführung, wie Horthy und seine Getreuen seit Jahr und Tag beliebt hatten. Das Regiment, das sie führten, war die Antwort auf die Zukunftslosigkeit des Volkswiderns. Die Entente hatte zu manchen Dingen die Augen zugeknipft, denen sie in anderen besetzten Ländern auf das schroffste entgegentrat. Diese Haltung dürfte sich jetzt von Grund auf wandeln, und die Ungarn werden sich, wenn der radikalste Sozialismus über kurz oder lang wieder sein Haupt erhebt, dafür bei der „geheiligten Person“ ihres Königs bedanken können.

Eine Proklamation Horthys.

Der Reichsverweser Horthy richtete eine Proklamation an das ungarische Volk, in der es heißt: Gewissenlose Individuen verführten den König Karl, so daß er zwecks Ausübung der Macht überraschenweise nach Ungarn zurückkehrte, obwohl sie die drohenden Gefahren des Bürgerkrieges, fremder Besetzung und Verwischung des Landes vorhersehen mußten. Dank der freien Nationalarmee und der Mäßigkeit des ungarischen Volkes scheiterte der Plan, welcher für Ungarn verhängnisvoll hätte werden können. Viele der Irreführten kehrten auf die richtige Bahn der Wählerfüllung zurück.

Das Ausland und die deutsche Krisis

Das Bedauern der Amerikaner.

Wie aus Washington berichtet wird, bedauert man dort den Rücktritt des Reichskanzlers Dr. Wirth und hofft, daß er wieder die Regierung übernehmen werde, denn man erblickt in ihm einen aufrichtigen fähigen Politiker, der bestrebt sei, dem Argwohn und Mißtrauen der Welt gegen Deutschland ein Ende zu machen. — Auch in England ist man ähnlicher Meinung. Der „Manchester Guardian“ kritisiert

die schlechte Behandlung,

die Wirth bei der Entente gefunden habe. Sein Kabinett sei, so schreibt das Blatt, von den Alliierten nicht besser behandelt worden, als eine deutsche Regierung, die etwa Ludendorff an der Spitze gehabt und versucht hätte, den früheren Kaiser nach Deutschland zu schmuggeln und sich den Reparationsforderungen zu entziehen. Auch die „Westminster Gazette“ fordert eine Erleichterung der Lage für Deutschland durch Abänderung der unmöglichen Reparationsforderungen.

Die Wirkung auf die Reparation.

Die von deutscher Seite mit allem Nachdruck betonte Tatsache, daß nach der Zerreißung Oberschlesiens unsere Reparationszahlungen nicht mehr in gleichem Umfang geleistet werden können, hat den englischen Abgeordneten Fenworthy zu einer Anfrage im Unterhause veranlaßt. Er verlangte von der Regierung zu hören, ob die Wirkung der Entscheidung in der obereschlesischen Frage auf die Zahlung der deutschen Reparationen in Erwägung gezogen worden sei und ob man beabsichtige, die Reparationsfrage infolge des Gutachtens des Völkerbundesrates von neuem aufzuwerfen. Der Schatzsekretär vereinigte dieses. Das im Mai von der deutschen Regierung angenommene Ultimatum haben den Betrag der Entschädigung festgesetzt, ohne die etwaige Entscheidung bezüglich Oberschlesiens in Betracht zu ziehen. — Hier liegt der Grundfehler in der Rechnung der Entente, und gleichzeitig die große Täuschung, die gegen uns beruht wurde. Man wußte drüber ganz genau, unter welchen Voraussetzungen Dr. Wirth sein Erfüllungsprogramm in Angriff nahm, aber man stellte sich absichtlich blind und taub. Ist das „fair play“?

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Unabhängig von den Parteiberatungen über die Regierungsbildung muß bis Donnerstag der deutsche Delegierte für die Verhandlungen mit Polen ernannt sein. Da die Zeit drängt, wurde in Berlin ein Unterausschuß eingesetzt, der von sich aus die Persönlichkeit des Kommissars bestimmen soll. — Die Polen, die in diesem Falle nur die Empfangenden sind, haben natürlich keine Schwierigkeiten bei der Behandlung dieser Frage. Der polnische Gesandte in Paris wird dort eine Note seiner Regierung überreichen, worin diese die Entscheidung in der obereschlesischen Frage vorbehaltlos annimmt. Der jetzige polnische Oberkommissar in Danzig, Mocinski, ist bereits zum Vertreter Polens bei den wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberschlesien bestimmt worden.

Wie die „große Koalition“ scheiterte.

(Von unserem händigen Mitarbeiter.)

Berlin, 25. Oktober.

Die Bemühungen um das Zustandekommen des Bündnisses zwischen allen Mittelparteien sind wieder einmal vergebens gewesen. Nur mit größtem Bedauern kann man diese betäubende Tatsache verzeichnen, denn man kann erst dann wohl begründete Hoffnungen in ein allmähliches Gesundwerden unserer staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse setzen, wenn endlich einmal eine größere Einheit und Steigkeit in die Führung unserer Politik hineinkommt, als es bis jetzt der Fall war, und wenn zugleich ein Zustand erreicht wird, bei dem nicht mehr große und wichtige Gruppen der Volkvertretung von der mährin-

genden Mitarbeit an der Regierung ausgeschlossen bleiben. Sechs verschiedene Regierungen haben wir seit der Revolution bereits gehabt. Zum siebenten Male wird jetzt ein neues Kabinett gebildet. Auf die Volksbeauftragten folgte die Regierung Scheidemann, auf diesen Bauer, dann Hermann Müller, dann Fehrenbach und schließlich Wirth. Bei so kurzen Regierungszeiten ist es natürlich unmöglich, daß ein wirkliches Einarbeiten der Minister in ihre Ämter und ein Zusammenarbeiten der einzelnen Ressorts miteinander erreicht wird. Man hoffte, daß eine Zusammenfassung aller Parteien von der Reichssozialdemokratie bis zu der Volkspartei dem Kabinett diejenige Festigkeit verleihe würde, die einen längeren Bestand nach dem Muster anderer parlamentarisch regierten Länder garantieren könnte, aber noch fand man keinen Weg zur Verwirklichung dieser rettenden Idee. In ruhigen Zeiten kamen die Parteien niemals über die trennenden Gegensätze grundsätzlicher Art hinweg, und in kritischen Augenblicken, wo diese Gegensätze in den Hintergrund traten, waren es eben die jeweiligen kritischen Fragen selbst, in denen keine Einigkeit erzielt werden konnte.

So ist es leider auch diesmal wieder gegangen. Seit Monaten arbeitete man an der Überbrückung der Meinungsverschiedenheiten, die besonders in Steuerfragen zwischen Sozialdemokraten und Volksparteilern bestanden. Die Aussichten für eine Einigung waren zwar noch nicht besonders groß, aber immerhin nicht ganz zu verkennen. Nun trat mit den Genfer Beschlüssen über Oberschlesien die Notwendigkeit einer Umbildung des Kabinetts ein. Der gegebene Moment war da, um die „große Koalition“ ins Leben zu rufen, aber selbst, wenn die Einigung in den innerpolitischen Fragen bereits erzielt gewesen wäre, so hätte doch der Unterschied in der Zielungsnahme zu dem neuen, großen, außenpolitischen Problem das Werk wieder zum Scheitern gebracht.

Die kritische Frage war folgende: Die Entente verlangt von uns die Entsendung von Delegierten zu den Verhandlungen mit Polen. Keine Partei will dieser Aufforderung Folge leisten, um nicht gleichzeitig gegen die unerhörte Grenzziehung zu protestieren. In langwierigen Unterredungen der Fraktionsführer beim Reichspräsidenten Ebert — dem übrigens auch bei dieser Gelegenheit wieder selbst von weit rechts stehenden Parlamentariern das Zeugnis ausgestellt wird, daß er sich als ein sehr geschickter, ruhiger und talkvoller Politiker und Diplomat auf so schwierigem Posten bewährt — war man dahin gelangt, daß man der Entente eine Note schicken wollte, in der man die Mitteilung von der Entsendung der Delegierten mit dem erwähnten Protest verknüpfen wollte. Bis dahin war man einig. Wenn aber nun die Entente diesen Protest, wie damals in Versailles und Spa, zurückweist und Annahme ihres Diktats ohne Einschränkung verlangt — was dann? Die Volkspartei beschloß in diesem Falle nicht nachzugeben, die anderen Parteien aber traten diesem Beschluß nicht bei. Das neue Kabinett, das diese Note abgelehnt hätte, wäre also beim Eintreffen eines solchen Ententewiderpruchs bereits wieder auseinandergefallen. In sicherer Voraussicht dieses Verkaufs der Dinge verzichtete man also nunmehr von vornherein auf die Bildung der großen Koalition, der man doch nicht nur eine Lebensdauer von wenigen Tagen geben will.

Die Volkspartei hat mit dieser Beschlussfassung an ihrem von vornherein festgelegten Standpunkt festgehalten, daß die Genfer Entscheidung für uns nicht tragbar ist. Sie hatte sich bereits mit den Demokraten auf eine von Prof. Schäding formulierte Resolution abgeeinigt, in der vor allem klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß dem Diktat der Entente die Rechtsgrundlage fehlt und Deutschland nur der Gewalt weiche. Leider ist nun über die weiteren Folgerungen aus dieser Erklärung keine Einigkeit mit den Sozialdemokraten erzielt worden, sobald der Boden für die große Koalition fehle. Die Steuerfragen, die auch noch nicht geklärt waren, trugen dazu bei, den Zusammenstoß zu verhindern.

Die neue Regierung kann unter den obwaltenden Umständen naturgemäß nur ein Kompromiß und ein Provisorium sein. Es existiert keine Lösung mehr, die wirklich dem Willen aller Beteiligten ohne große, nur unter dem Zwange der Not gegebene Zugeständnisse entspräche. Der Gedanke der großen Koalition wird unter allen Umständen aufrechterhalten, und wenn er auch jetzt nicht zur Verwirklichung kam, so wird doch die Arbeit am Ausgleich der widerstreitenden Meinungen unentwegt fortgesetzt, um das gesteckte Ziel nach Überwindung der augenblicklichen Hindernisse doch noch in nicht zu ferner Zeit zu erreichen.

Neubildung des Reichskabinetts durch Wirth.

Dr. Wirth nimmt die Regierungsbildung an.

Berlin, 25. Okt. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Dr. Wirth erneut mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Dr. Wirth hat diesen Auftrag angenommen und sich zur sofortigen Bildung des Kabinetts bereit erklärt. Da die Verhandlungen der Fraktionen keinerlei Annäherung des gegen-